

INTER FINITIMOS

JAHRBUCH ZUR DEUTSCH-POLNISCHEN
BEZIEHUNGSGESCHICHTE

INTER FINITIMOS

JAHRBUCH ZUR DEUTSCH-POLNISCHEN
BEZIEHUNGSGESCHICHTE

6 • 2008

Herausgeber:

Peter Fischer • Basil Kerski • Markus Krzoska
Isabel Röskau-Rydel • Krzysztof Ruchniewicz

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.

fibre

*Gefördert vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und
Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages*

Herausgeber:

Peter Fischer • Basil Kerski • Markus Krzoska
Isabel Röskau-Rydel • Krzysztof Ruchniewicz
Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.

www.interfinitimos.de

E-Mail: infos@interfinitimos.de

Anschriften der deutschen Redaktion:

Deutsch-Polnische Gesellschaft Bundesverband e.V.
Schillerstr. 59, D-10627 Berlin
Telefon: 030/26551630, Telefax: 030/26551631
www.dpg-bundesverband.de

Dr. Peter Fischer, c/o fibre Verlag, Martinistr. 37, D-49080 Osnabrück
Telefon: 0541/431838, Telefax: 0541/432786
www.fibre-verlag.de

Dr. Markus Krzoska, Admonter Ring 75, D-35415 Pohlheim
E-Mail: Krzoska@t-online.de

Anschrift der polnischen Redaktion:

Inter Finitimos, c/o Stow. Centrum Polsko-Niemieckie
ul. Rajska 10/5, PL 31-124 Kraków
www.scpn.krakow.pl

Redaktion und Koordination: Sabine Stekel

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

Für den Inhalt der Beiträge sind die Verfasser verantwortlich

ISSN 0948-1818

ISBN 978-3-938400-43-2

© INTER FINITIMOS

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2009

INHALT

| | |
|--|-----|
| Editorial | 9 |
| THEMENSCHWERPUNKT: POLEN IN DEUTSCHLAND | |
| <i>Jochen Oltmer</i> : Wanderungsraum Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert | 11 |
| <i>Andrzej Stach</i> : Auswanderer und Rückkehrer, Patrioten und Verräter | 29 |
| <i>Dietmar Osses</i> : Zwischen Anerkennung und Verfolgung. Die deutsche Politik gegenüber der polnischen Minderheit 1918-1938 am Beispiel des Ruhrgebiets | 49 |
| <i>Miroslaw Piotrowski</i> : Zwischen Patriotismus und Pragmatismus. Die sozialen und ökonomischen Folgen der Remigration von Polen aus Deutschland in den 1920er Jahren | 67 |
| <i>Valentina Maria Stefanski</i> : Polnische ZwangsarbeiterInnen in Deutschland. Anmerkungen zum Forschungsstand und zu Perspektiven der Forschung | 82 |
| <i>Lidia Głuchowska</i> : „Verschwörer und Revolutionäre“. Zum Kriegsschicksal des Künstlers und Widerstands- kuriers Stanisław Kubicki | 100 |
| <i>Jan Rydel</i> : Die ungewöhnliche Geschichte der „polnischen Enklave“ in Deutschland 1944-1948 | 117 |
| <i>Johannes Frackowiak</i> : Polnische Remigration aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in die „Wiedergewonnenen Gebiete“ Polens nach 1945 | 135 |
| <i>Anna Mazurkiewicz</i> : Die „Stimme Freies Polen“ aus München. Radio Free Europe, die amerikanische Deutschlandpolitik und die deutsch-polnischen Beziehungen | 146 |
| <i>Nina Kozłowski</i> : Polen in München. Aus der Geschichte bayerisch-polnischer Beziehungen | 170 |
| <i>Basil Kerski</i> : „Zweitgrößte Polenstadt des europäischen Kontinents“. Thesen zu zwei Jahrhunderten polnischer Geschichte Berlins | 184 |
| <i>Stanisław Budyń</i> : Zur Geschichte der Polnischen Katholischen Mission in Deutschland | 199 |

| | |
|--|-----|
| <i>Maria Kalczyńska</i> : Geschichte und Gegenwart der polnischen Presse in Deutschland | 218 |
| <i>Andrzej Stach</i> : Polnische Medieninitiativen in Berlin seit den 1980er Jahren | 228 |
| <i>Alexander Zajac</i> : Die Unterstützung der antikommunistischen Opposition in Polen durch die Polonia in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht eines Zeitzeugen | 232 |
| <i>Christoph Pallaske</i> : Langfristige Zuwanderungen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren . . . | 246 |
| <i>Gerhard Gnauck</i> : Marcel Reich-Ranicki – ein Pole in Deutschland? | 257 |

PORTRÄTS

| | |
|--|-----|
| <i>Jochen Oltmer</i> : Das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück | 265 |
| <i>Magdalena Wida</i> : Die Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ / Fundacja „Polsko-Niemieckie Pojednanie“ | 267 |
| <i>Christine Glauning</i> : Das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide | 270 |
| <i>Izabela Gruszka</i> : Die Stiftung Gedenken / Fundacja Pamięć . . . | 273 |
| <i>Maria Kalczyńska</i> : Das „Kabinett des polnischen Buches und der polnischen Presse in Deutschland“ im Schlesischen Institut in Oppeln | 276 |

PROJEKTE

| | |
|--|-----|
| <i>Katharina Blumberg-Stankiewicz</i> : Polnische Einwanderer der 1980er Jahre und ihre Kinder – eine zweite Migrantengeneration in Deutschland? | 281 |
| <i>Hilke Engfer</i> : Polnische Betreuerinnen in der häuslichen Altenpflege in Deutschland – eine interdiskursive Perspektive | 291 |

| | |
|---|-----|
| <i>Rainer Mende: Polnischsprachige Gegenwartsliteratur aus Deutschland – autobiografische Spuren</i> | 295 |
| <i>Dominik Pick: Die gesellschaftliche Dimension der Entspannungspolitik. Informelle Kontakte der Bevölkerung der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen in den 1970er Jahren</i> | 304 |
| <i>Udo Arnold: Der Deutsche Orden im Mittelalter – ein Gemeinschaftsprojekt über die Grenzen hinweg</i> | 310 |

REZENSIONEN

| | |
|---|-----|
| <i>Wrocławski Skarb z Bremy / Der Breslauer Schatz aus Bremen – ein Ausdruck des vratislavischen „Genius Loci“ (Maria Luft)</i> | 317 |
| <i>Hans-Christian Maner: Galizien. Eine Grenzregion im Kalkül der Donaumonarchie (Isabel Röskau-Rydel)</i> | 321 |
| <i>Stefan Dyroff: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich (Markus Krzoska)</i> | 324 |
| <i>Ludwika Gajek: Das Breslauer Schauspiel im Spiegel der Tagespresse (Maria Porrman)</i> | 327 |
| <i>Die Destruktion des Dialogs (Jens Boysen)</i> | 329 |

| | |
|---|-----|
| WICHTIGE NEUERSCHEINUNGEN DES JAHRES 2008 | 332 |
|---|-----|

| | |
|---------------------------------------|-----|
| VERZEICHNIS DER MITARBEITER | 335 |
|---------------------------------------|-----|

EDITORIAL

Die vorliegende sechste Ausgabe unseres Jahrbuchs ist größtenteils der Geschichte der Polen in Deutschland gewidmet. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund. Die größte Gruppe bilden Menschen, die aus dem Raum der Russischen Föderation eingewandert sind, vor allem viele deutsche Spätaussiedler. Platz zwei belegen in der Statistik Türken und Deutsche mit türkischem Hintergrund. Die drittgrößte Gruppe bilden Polen und deutsche Staatsbürger, die aus Polen eingewandert sind: rund eine Million Menschen, davon etwa 380.000 nur mit polnischem Pass.

In Deutschland lebende Menschen mit polnischem Hintergrund stehen kaum im Mittelpunkt des medialen Interesses in der Bundesrepublik. Angesichts der kulturellen Nähe der beiden Nationen gelten sie als gut integriert. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union hat sich positiv auf den Status der in Deutschland lebenden polnischen Bürger ausgewirkt, als EU-Bürger können sie das kommunale Wahlrecht in der Bundesrepublik in Anspruch nehmen. In der Bundeshauptstadt stellen sie sogar die größte Gruppe der EU-Bürger und könnten so bald zu einem wichtigen politischen Faktor werden.

Die meisten Migranten aus Polen sind in den letzten zwei Jahrzehnten in die Bundesrepublik gekommen. Doch die Geschichte der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück. Mit den Teilungen Polen-Litauens ging ein Teil des polnischen Gebietes an Preußen über, viele Polen wurden so zu preussischen Staatsbürgern und Preußen de facto zu einem binationalen Staat. Die rasante Entwicklung der Industrie in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts lockte immer mehr Arbeitskräfte an, darunter besonders viele Polen. Im Laufe der Zeit entstanden vor allem im Ruhrgebiet und im Berliner Raum große polnische Minderheitsorganisationen mit eigenen Zeitschriften, Genossenschaftswesen und Banken. Die Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit 1918 unterbrach die Existenz der polnischen Minderheit in Deutschland nicht. Zwar ging ein Teil der Polen zurück in die Heimat, die Mehrheit aber blieb nach wie vor in Deutschland. 1922 grün-

dete die polnische Minderheit in der Weimarer Republik sogar eine eigene Dachorganisation, den Bund der Polen in Deutschland. Der Bund kämpfte um die Rechte der Polen in Deutschland und pflegte die kulturellen Beziehungen der deutschen Polen zum Mutterland. Der Terror der Nationalsozialisten richtete sich auch gegen die polnische Minderheit, vor allem gegen ihre Führungspersönlichkeiten. Während des Zweiten Weltkrieges wurden Zehntausende von Polen als Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt. Ein Teil blieb in den ersten Nachkriegsjahren als „Displaced Persons“ in den westlichen Besatzungszonen, manche sogar dauerhaft. In München entstand in den fünfziger Jahren im Umfeld der polnischen Redaktion von *Radio Free Europe* eine bedeutende und weit über die Grenzen Deutschlands ausstrahlende Gemeinschaft von polnischen Exilanten. Seit Ende der fünfziger Jahre bildete sich durch den Zuzug von politischen Flüchtlingen und deutschen Spätaussiedlern in die Bundesrepublik wieder eine größere Gruppe von polnischsprachigen Bürgern. Zu einem bedeutenden Zufluchtsort für Polen wurde die Bonner Republik in Folge der tiefen politischen und ökonomischen Krise der Volksrepublik Polen in den achtziger Jahren.

Im Rahmen des Themenschwerpunkts präsentieren wir Texte zu den verschiedenen historischen Phasen der polnischen Einwanderungsgeschichte in Deutschland. Berücksichtigung findet auch die Rückwanderung. Vielfältig ist der kulturelle und professionelle Hintergrund der Autoren. Einige Beiträge stammen aus der Feder deutscher und polnischer Historiker, Soziologen und Kulturwissenschaftler, andere haben Zeitzeugen verfasst.

Die vorliegende Schwerpunktausgabe konnte nur dank der großzügigen Förderung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien entstehen. Für diese Unterstützung danken wir herzlich.

Schließlich ist noch auf zwei Veränderungen hinzuweisen. Neu im Kreis der Herausgeber von *Inter Finitimos* ist der Historiker Krzysztof Ruchniewicz von der Breslauer Universität. In diesem Jahr wurde unser Internetauftritt neu gestaltet. Wir laden Sie herzlich dazu ein, die Website www.interfinitimos.de zu besuchen.

Die Herausgeber

THEMENSCHWERPUNKT: POLEN IN DEUTSCHLAND

JOCHEN OLTMER

WANDERUNGSRAUM DEUTSCHLAND IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

Die Vielgestaltigkeit des Wanderungsgeschehens sowie die langfristigen Veränderungen von Erleben, Wissen, Deuten und Handeln im Integrationsprozess erschweren die Erfassung der Entwicklung von Migration und Integration über lange Zeiträume. Hinzu kommt das Problem wechselnder Grenzen.¹ Räumliche Bevölkerungsbewegungen unterlagen in verschiedenen historischen Phasen politisch, administrativ und gesellschaftlich unterschiedlichen Wahrnehmungs- und Deutungsmustern, die Veränderungen des Umgangs von Staat und Gesellschaft mit verschiedenen Aspekten des Wanderungsgeschehens zur Folge hatten:² Grenzüberschreitende Wanderungen wurden zum Beispiel im Prozess der Reichseinigung 1870/71 ebenso zu internen Wanderungen wie im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung 1989/90.

Zugleich aber bewegten sich nicht nur „Menschen über Grenzen“, sondern auch „Grenzen über Menschen“.³ Das galt insbesondere für die grundlegenden territorialen und politischen Veränderungen mit und nach den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts in Europa – Minderheiten konnten ebenso ohne Ortswechsel zu Mehrheiten werden wie Mehrheiten zu Minderheiten. Deutsche waren angesichts der zentralen Bedeutung deutscher Expansionspolitik für die beiden Welt-

¹ KLAUS J. BADE/ JOCHEN OLTMER, Migration in der Geschichte; Bedingungen, Formen und Folgen, in: Stadt und Migration. Zukunft international leben, hrsg. v. Bauhaus Dessau, Dessau [2008].

² JOCHEN OLTMER, Migration, Staat und Nation: Wechselbezüge im historischen Wandel, in: Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst (soFid): Migration und ethnische Minderheiten, 2007, H. 2, S. 1-23.

³ Die multikulturelle Herausforderung: Menschen über Grenzen – Grenzen über Menschen, hrsg. v. KLAUS J. BADE, München 1996.

kriege in ganz besonderem Maße Initiatoren und Administratoren, aber auch Opfer millionenfacher Zwangswanderungen.

Der Blick auf die langen Entwicklungslinien im Wanderungsgeschehen unter Vernachlässigung der unübersehbaren Zahl kleinräumiger Migrationen verweist für Deutschland vom späten 18. Jahrhundert bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts auf markante und grundlegende Prozesse.⁴ Dabei dominierten bis zum späten 19. Jahrhundert Abwanderungen aus sowie Bewegungen innerhalb des deutschsprachigen Raumes. Zu beobachten ist zunächst die langfristige Verlagerung der Ausrichtung der grenzüberschreitenden Fernwanderungen aus dem deutschsprachigen Raum von den Siedlungswanderungen nach Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa, die bis in das frühe 19. Jahrhundert überwogen, zu den transatlantischen Massenabwanderungen, die in der Folge bis zum Ende des Jahrhunderts dominierten.

TRANSKONTINENTALE UND TRANSATLANTISCHE AUSWANDERUNG SOWIE INTERREGIONALE ARBEITSWANDERUNG SEIT DEM SPÄTEN 18. JAHRHUNDERT

Ziele der Auswanderung aus dem deutschsprachigen Raum waren in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa vornehmlich Gebiete, deren Bevölkerungen durch Kriege und Seuchen erheblich dezimiert worden waren. Das galt für den habsburgisch dominierten südosteuropäischen Donaoraum ebenso wie für das nördlich des Schwarzen Meeres gelegene, vom Zarenreich eroberte „Neurussland“, aber auch für Gebiete an der unteren Wolga oder für Territorien im preußischen Osten. Im Hintergrund stand das obrigkeitliche Interesse an Herrschaftssicherung durch Besiedlung imperialer Grenzräume, die zugleich im Sinne merkantilistischer Vorstellungen eine Erhöhung von Wirtschaftskraft und Steuereinnahmen versprach. Für das 18. Jahrhundert belaufen sich Schätzungen über den Umfang dieser Bewegungen aus dem deutschsprachigen Raum nach Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa auf 500.000–700.000 Menschen. Die britischen Kolonien Nordamerikas

⁴ Überblick: JOCHEN OLTMER, Migration im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 84), München [2008].

wurden demgegenüber zwischen den 1680er und den 1770er Jahren zum Ziel von wahrscheinlich nur rund 110.000 Zuwanderern aus deutschen Territorien.⁵

Seit den 1830er Jahren stieg die transatlantische Migration aus dem deutschsprachigen Raum dann rasch zur Massenbewegung auf. Sie führte zu rund 90 Prozent in die USA. Als nächstwichtige Auswanderungsziele folgten mit weitem Abstand Kanada, Brasilien, Argentinien und Australien. 1816–1914 wanderten rund 5,5 Mio. und seither noch einmal mehr als 2 Mio. Deutsche in die USA. Hochphasen mit jeweils mehr als 1 Mio. Auswanderern bildeten die Jahre 1846–57 und 1864–73. In der letzten großen Auswanderungsphase 1880–93 folgten dann noch einmal 1,8 Mio. Die in Deutschland geborene Bevölkerung der USA stellte 1820–60 mit rund 30 Prozent nach den Iren die zweitstärkste, 1861–90 sogar die stärkste Zuwanderergruppe.⁶

Industrialisierung, Urbanisierung und Agrarmodernisierung führten im 19. Jahrhundert zu einem fundamentalen Wandel der Migrationsverhältnisse in Deutschland, die vornehmlich die Arbeitswanderungen tief greifend umgestalteten: Traditionsreiche agrarische Arbeitswanderungssysteme verloren sukzessive an Bedeutung, veränderten ihre Bewegungsrichtung oder gingen in neue Formen über. Das galt auch für seit Jahrhunderten existierende Wanderhandelsysteme oder für Muster der Verknüpfung von Ausbildungs- und Arbeitswanderungen, die vor allem in der Form der Gesellenwan-

⁵ GEORG FERTIG, *Transatlantic Migration from the German-Speaking Parts of Central Europe, 1600–1800: Proportions, Structures, and Explanations*, in: *Europeans on the Move. Studies on European Migration, 1500–1800*, hrsg. v. NICHOLAS CANNY, Oxford 1994, S. 192-235.

⁶ KLAUS J. BADE, *Die deutsche überseeische Massenauswanderung im 19. und frühen 20. Jahrhundert: Bestimmungsfaktoren und Entwicklungsbedingungen*, in: *Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, hrsg. v. DEMS., Ostfildern 1984, S. 259-299; WOLFGANG HELBICH, „Alle Menschen sind dort gleich ...“. *Die deutsche Amerika-Auswanderung im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 1988; WALTER D. KAMPHOEFNER, *German Emigration Research, North, South and East: Findings, Methods, and Open Questions*, in: *People in Transit. German Migrations in Comparative Perspective 1820–1930*, hrsg. v. DIRK HOERDER/ JÖRG NAGLE, Cambridge, MA 1995, S. 19-33.

derungen auch noch im 19. Jahrhundert weiterliefen. Neue und rapide aufstrebende industriell-urbane Zentren boten unterbürgerlichen und unterbäuerlichen Gruppen, aber auch (neuen) Mittelschichten Erwerbsmöglichkeiten, die zu – für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands folgenreichen – millionenfachen internen und grenzüberschreitenden Wanderungen führten. 1815 lebten in Preußen 24 Prozent der Bevölkerung in Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern, 1910 waren es im Deutschen Reich insgesamt bereits 60 Prozent, wobei vor allem der Aufstieg der Großstädte ins Auge fällt: Großstadtbewohner stellten 1816 in Preußen mit 2 Prozent eine randständige Minderheit, im Deutschen Reich des Jahres 1910 aber lag ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bereits bei mehr als 21 Prozent. Für jenes Jahr ermittelte die Volkszählung 45 Großstädte, während es 1800 derer nur zwei gegeben hatte, nämlich Berlin und Hamburg. Von den rund 62 Mio. Menschen im Deutschen Reich 1907 lebten rund 49 Prozent nicht am Ort ihrer Geburt.⁷

In den Kontext der Urbanisierung gehört auch die massive Ost-West-Wanderung innerhalb der Grenzen des Reiches, wie sie etwa die Verstädterung der jüdischen Bevölkerung verdeutlicht, die sich mit wesentlich höherer Geschwindigkeit vollzog als die der Gesamtbevölkerung: Um 1800 spiegelte der Anteil der Städter unter den Juden das Niveau der Stadt-Land-Verteilung in der Gesamtbevölkerung. 1871 lebten dann bereits fast 15 Prozent aller Juden in Deutschland in Städten mit über 100.000 Einwohnern, die zu diesem Zeitpunkt aber erst 5 Prozent der Gesamtbevölkerung beherbergten. 1910 wohnten 53 Prozent aller Juden in Großstädten, aber erst 21 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zeitgleich sank die Zahl der Juden in Westpreußen und Posen trotz anhaltend hoher Geburten- und niedriger Sterberaten immer stärker ab: Die Provinz Posen hatte 1871 rund 62.000 Juden gezählt, 1910 dann nur ca. 27.000. Ähnliches galt für Westpreußen, das

⁷ Überblick: STEVE HOCHSTADT, Städtische Wanderungsbewegungen in Deutschland 1815–1914, in: Deutschland und Europa in der Neuzeit, hrsg. v. RALPH MELVILLE u. a., Wiesbaden 1988, S. 575–598; klassisch: DIETER LANGEWIESCHE, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880–1914, in: Vierteljahrshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1977), S. 1–40.

1871 insgesamt 27.000 Juden umfasste und 1910 noch etwa 14.000.⁸ Ein Element der Ost-West-Fernwanderungen aus ländlich geprägten Distrikten in die dynamischen Wirtschaftszentren des Reiches bildete die Bewegung preußischer Staatsangehöriger polnischer Sprache und Kultur aus den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen sowie Schlesien nach Westen. Das Ruhrgebiet wurde zum wichtigsten Ziel („Ruhrpolen“), aber auch Berlin, Hamburg und Bremen sowie das mitteldeutsche Industriegebiet nahmen größere Gruppen polnischer Zuwanderer auf. 1914, rund 40 Jahre nach dem Beginn der Zuwanderung, erreichte der Umfang der polnischsprachigen Bevölkerung an der Ruhr etwa 400.000. Oberschlesien stellte zunächst den größeren Teil der polnischen Zuwanderer, seit den 1890er Jahren kamen sie dann vornehmlich aus Ostpreußen und Posen, während Schlesien und Westpreußen erst mit weitem Abstand folgten. Anfänglich handelte es sich weitaus überwiegend um Männer, aber viele der Pioniermigranten, die wegen höherer Verdienstmöglichkeiten in das Ruhrrevier gekommen waren und zunächst nur einen befristeten Aufenthalt geplant hatten, holten bald ihre Familien nach. Als in den 1890er Jahren die Zahl der „Ruhrpolen“ rapide stieg, wuchs auch der Anteil der Frauen; er lag dennoch unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg weiterhin leicht unter dem der Männer.⁹

AUSLÄNDERBESCHÄFTIGUNG UND ZUWANDERUNGSPOLITIK IM SPÄTEN 19. UND FRÜHEN 20. JAHRHUNDERT

Aus dem grundlegenden Umbau von Staatlichkeit im 19. Jahrhundert resultierten vielfältige Veränderungen der Rahmenbedingungen von

⁸ Überblicke: STEVEN M. LOWENSTEIN, *The Rural Community and the Urbanisation of German Jewry*, in: *Central European History* 13 (1980), S. 218-236; MONIKA RICHARZ, *Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung*, in: *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 3: *Umstrittene Integration 1871–1918*, hrsg. v. MICHAEL A. MEYER, München 2000, S. 13-38, hier S. 28-38.

⁹ Pionierstudie: CHRISTOPH KLEßMANN, *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft*, Göttingen 1978; jüngster Überblick: BRIAN MCCOOK, *Polnische industrielle Arbeitswanderer im Ruhrgebiet („Ruhrpolen“) seit dem Ende des 19. Jahrhunderts*, in: *Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, hrsg. v. KLAUS J. BADE u. a., Paderborn 2007, S. 870-879.

Migration und Integration mit weitreichenden Folgen im 20. Jahrhundert: Nationsbildung zur Absicherung der Legitimität staatlicher Herrschaft als ein zentrales Projekt der politischen Elite des kleindeutschen Reiches wirkte dabei Ende des 19. Jahrhunderts zusammen mit „weltpolitischen“ Bestrebungen und dem Auf- und Ausbau des Interventions- und Sozialstaates, der auf die Massenpolitisierung und die weit ausgreifende Organisation politischer Interessen reagierte. Aus diesem Gefüge resultierten neue Muster der staatlichen Perzeption grenzüberschreitender und interner Migrationsbewegungen bzw. Zuwanderergruppen. Sie mündeten zum Teil in die Errichtung gesetzlicher und administrativer Migrationsbarrieren für einige Gruppen, denen ein hohes Maß an Fremdheit zugeschrieben wurde, aber auch in die Öffnung privilegierter Zugänge für andere Gruppen, die als national zugehörig galten. Der Ausbau der staatlichen Ordnungs- und Interventionskapazitäten ermöglichte zugleich die Umsetzung migrationspolitischer Vorstellungen.

Preußen-Deutschland entwickelte sich in den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg weltweit zum zweitwichtigsten Zuwanderungsland für ausländische Arbeitskräfte nach den USA. In der Hochkonjunkturperiode seit den 1890er Jahren stieg die Zahl der in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Ausländer sehr stark an und erreichte am Vorabend des Ersten Weltkriegs rund 1,2 Mio. Die wichtigsten Gruppen stellten in Preußen die in der Landwirtschaft beschäftigten Polen aus dem russischen Zentralpolen, in geringerem Umfang auch aus dem österreichischen Galizien, sowie Italiener, die besonders in Ziegeleibetrieben und im Tiefbau, aber auch im Bergbau und in der industriellen Produktion Beschäftigung fanden.¹⁰ Schon in den 1880er Jahren war die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bergbau und in der Schwerindustrie über das regional, teilweise auch über das überregional verfügbare Angebot angestiegen. Seit Mitte der 1890er Jahre galt das auch für andere industriell-gewerbliche Beschäftigungsbereiche.

¹⁰ Hierzu und zum Folgenden: KLAUS J. BADE, „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 24 (1984), S. 91-162.

Zugleich mit dem Anwachsen massenhafter Ost-West-Fernwanderungen aus landwirtschaftlichen Distrikten in industriell-urbane Räume begann in den 1890er Jahren die Entwicklung Deutschlands zum wichtigsten europäischen Zielland für ausländische Arbeitswanderer.

Entwicklungstendenzen der Ausländerbeschäftigung im kaiserlichen Deutschland lassen sich anhand der „Nachweisungen“ der preußischen Landräte über den „Zugang, Abgang und Bestand der ausländischen Arbeiter im preußischen Staate“ nachzeichnen. Im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg nahm die Zahl der beschäftigten Ausländer von rund 605.000 auf 901.000 stark zu (um rund 50 Prozent 1906–13). Von den rund 900.000 in Preußen beschäftigten Ausländern beiderlei Geschlechts kam ca. ein Drittel aus dem russischen bzw. österreichischen Teilungsgebiet Polens. Die Landwirtschaft beschäftigte etwa 40 Prozent aller ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter in Preußen. Polen dominierten in diesem Sektor: Mit rund 270.000 kamen etwa drei Viertel der 365.000 Ausländer aus polnischen Gebieten jenseits der östlichen und südöstlichen Grenzen Preußens. Frauen stellten knapp über die Hälfte aller polnischen Arbeitskräfte in der preußischen Landwirtschaft. Hauptzielgebiete waren die vier preußischen Provinzen Sachsen, Schlesien, Pommern und Brandenburg, deren Landwirtschaft beinahe zwei Drittel aller ausländischen polnischen Arbeitskräfte in diesem Sektor auf sich vereinte.

Ein seit den 1890er Jahren entwickeltes und bis zum Ersten Weltkrieg ausgebautes System der Kontrolle ausländischer Arbeitskräfte zielte auf eine scharfe Beobachtung und Regulierung der polnischen Zuwanderung aus Russland und Österreich-Ungarn. Diese antipolnische „preußische Abwehrpolitik“ aber strebte nicht nach einer Beschneidung oder Absperrung der Zuwanderung an sich; sie funktionierte auch ganz unabhängig von der Entwicklung des Arbeitsmarkts. Ihr Hauptziel war es vielmehr, die Zuwanderung der Auslandspolen aus nationalitätspolitischen Gründen nicht zur Einwanderung geraten zu lassen. Darum wurde nur die Zuwanderung saisonaler Arbeitswanderer gestattet, die dem „Rückkehrzwang“ unterlagen und jährlich das Land in der winterlichen „Sperrfrist“, in der sich keine auslandspolnischen Arbeitswanderer in Preußen aufhalten durften, wieder zu

verlassen hatten. Die Sperrfrist wurde kurz vor dem Ersten Weltkrieg auf den Zeitraum vom 20. Dezember bis zum 1. Februar verkürzt. Dem Zwang zurückzukehren, gaben nur die auslandspolnischen Arbeitswanderer nach, andere Nationalitäten unter den ausländischen landwirtschaftlichen Arbeitskräften in Preußen hingegen durften in der Sperrfrist, auch „Karenzzeit“ genannt, bleiben, auch wenn durchaus Bestrebungen erkennbar waren, ihre Anwesenheit im Inland ebenfalls auf saisonale Beschäftigungen zu beschränken.

Eine dauerhafte Einwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte nach Preußen schien die zu den „Reichsfeinden“ gezählte polnische Minderheit zu stärken und damit die von der preußischen Staatsräson als national-revolutionäre Gefahr gesehene Wiederaufrichtung eines selbstständigen polnischen Staates befördern zu können. Im Visier stand nicht nur die polnische Minderheit im Osten, sondern auch die seit den 1880er Jahren stark angewachsene Minderheit der „Ruhrpolen“. Um deren Verstärkung durch auslandspolnische Einwanderer zu verhindern, durften Polen aus Russland und Galizien außerhalb der östlichen preußischen Grenzprovinzen nur in der Landwirtschaft und in deren Nebenbetrieben (z. B. Ziegeleien), nicht aber in der Industrie beschäftigt werden.

ZWANGS- UND KRIEGSFOLGEWANDERUNGEN VOM ERSTEN ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

Auch im Ersten Weltkrieg erfüllten ausländische Arbeitskräfte in Deutschland entscheidende Ersatzfunktionen. Der Mangel an Arbeitskräften bildete eines der grundlegenden Probleme der deutschen Kriegswirtschaftspolitik 1914–18. Vor allem in drei Bereichen stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften: in der Rüstungsindustrie, im Bergbau und in der Landwirtschaft. Maßnahmen zur Deckung dieses Bedarfs scheiterten an den begrenzten Kapazitäten der inländischen Arbeitsmärkte. Deshalb ließ der sich im Kriegsverlauf rapide verschärfende Mangel an (Fach-)Arbeitskräften die Unternehmen und die zuständigen Behörden über die jeweiligen nationalen Arbeitskräftepotenziale

hinausgreifen und forcierte schließlich die zwangsweise Rekrutierung immer stärkerer Kontingente ausländischer Arbeitskräfte.¹¹

Obgleich eine nennenswerte Anzahl von Ausländern beiderlei Geschlechts freiwillig in der deutschen Kriegswirtschaft arbeitete, prägten zunehmend zwangsweise Rekrutierung und Zwangsarbeit die Ausländerbeschäftigung im Krieg. Zu den ausländischen Arbeitskräften zählten bei Kriegsende mindestens 2,5 Mio. Menschen und damit fast ein Zehntel aller Erwerbstätigen des Vorkriegsstandes bzw. rund ein Siebtel aller Erwerbstätigen im letzten Kriegsjahr. Unter ihnen gab es über 1,5 Mio. Kriegsgefangene. Zivile ausländische Arbeitskräfte stellten ca. 1 Mio. Beschäftigte in der deutschen Kriegswirtschaft. Die deutschen Zivil- und Militärbehörden behandelten sie, anders als die Kriegsgefangenen, nicht als einheitliche Kategorie, obgleich auch sie zum größten Teil zur Gruppe der „feindlichen Ausländer“ zählten. Das galt besonders für die bei Kriegsende 1918 etwa 500.000–600.000 auslandspolnischen Arbeitskräfte.

Die bereits in der Vorkriegszeit restriktive Politik gegenüber den Polen aus Russland verschärfte sich mit Kriegsbeginn und kehrte sich zugleich um – vom Rückkehrzwang zum Rückkehrverbot: Als „feindliche Ausländer“ wurden die Auslandspolen sogleich reichsweit unter ein Rückkehrverbot gestellt, durften also nicht in ihre Heimat zurückkehren, wozu sie im Rahmen der „preußischen Abwehrpolitik“ vor dem Krieg alljährlich gezwungen worden waren, um Daueraufenthalte oder gar Einwanderungsprozesse zu blockieren. Sie unterlagen außerdem einem Ortswechselverbot und blieben an ihre Arbeitgeber gebunden. Faktisch waren die Polen damit zu Zwangsarbeitern geworden, die über ihren Aufenthaltsort und ihren Arbeitgeber nicht frei entscheiden konnten.

Die ständige Verschärfung der Arbeitskräftesituation im Reich seit 1915 rückte neben der zwangsweisen Zurückhaltung der bereits im Inland arbeitenden Ausländer die Frage nach einer weiteren Rekrutie-

¹¹ Hierzu und zum Folgenden im Überblick: JOCHEN OLTMER, Arbeitszwang und Zwangsarbeit. Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeitskräfte im Ersten Weltkrieg, in: *Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918*, hrsg. v. ROLF SPILKER/ BERND ULRICH, Bramsche 1998, S. 96–107.

rung von Arbeitskräften im Ausland in den Mittelpunkt der Ausländerpolitik. Die von deutschen Truppen in Polen und Belgien besetzten Gebiete wurden seit 1915/16 zum Objekt der deutschen Arbeitskräftepolitik. Polen blieb in erster Linie Rekrutierungsgebiet für landwirtschaftliche Arbeitskräfte. In Belgien hingegen wurden vornehmlich Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie rekrutiert. Weil die Zahl „freiwilliger“ Meldungen insgesamt weit unter dem erwünschten bzw. für notwendig erachteten Niveau blieb, griffen die deutschen Behörden immer häufiger zu Zwangsmitteln: Zunächst sollte die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den Besatzungsgebieten weite Bevölkerungskreise dazu nötigen, für die Besatzungsmacht im Land direkt oder im Reich zu arbeiten. Diese Politik führte in Polen eher zum angestrebten Ziel als in Belgien; internationale Hilfsorganisationen sorgten in Belgien dafür, dass die wirtschaftliche keine tief greifende soziale Not nach sich zog wie in Polen.¹²

Für die deutsche Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg war Ausländerbeschäftigung angesichts der massiven Kriegsanstrengungen und der weithin erfolgreichen alliierten Blockade des Außenhandels im Kriegsverlauf immer stärker zu einer Notwendigkeit geworden. Ohne die über die Vorkriegszeit hinausgehende Internationalisierung der Arbeitsmärkte hätte der Krieg von deutscher Seite nicht so lange fortgeführt werden können. Für die weitere Entwicklung von Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik erwies sich der Erste Weltkrieg insofern als Schrittmacher, als er staatliche Eingriffe in das Wanderungsgeschehen erheblich forcierte; denn die während des Krieges entwickelten Interventionskapazitäten des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft ließen sich kaum mehr zurückdrängen. Der Erste Weltkrieg hatte zudem mit seinem extremen Nationalismus die Ausgrenzung von Minderheiten und die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit entscheidend gefördert.

¹² JENS THIEL, „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007; CHRISTIAN WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918, in: Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen 1900–2007, hrsg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 143–159.

Für die Ausländerbeschäftigung der Weimarer Republik blieb die nahezu bruchlos aus dem kaiserlichen Deutschland übernommene ethnonational argumentierende antipolnische „Abwehrpolitik“ konstitutiv. Trotz des erheblichen Rückgangs der polnischen Minderheit verstand sie die Zuwanderung polnischer Arbeitskräfte ins Reich weiterhin als Gefahr für die innere und äußere Sicherheit, für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Gesellschaft und Kultur Deutschlands. Zugleich wuchs die Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik für die Ausländerbeschäftigung. Als Bestimmungsfaktor und beherrschendes Thema der Diskussion in der durch Wirtschaftskrisen geschüttelten Weimarer Republik hatte nunmehr die Formel vom „Schutz des nationalen Arbeitsmarkts“ die Rede von der „Leutenot“ in Industrie und Landwirtschaft abgelöst. In der Weimarer Republik war, auch hier im Anschluss an den Modernisierungsschub des Ersten Weltkriegs, der Auf- und Ausbau einer flächendeckenden Arbeitsverwaltung mit der Verschränkung von Arbeitsmarktbeobachtung, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der wichtigste arbeitsmarkt- und sozialpolitische Modernisierungsbereich, mit dem zugleich die Voraussetzungen für eine arbeitsmarktorientierte Ausländerpolitik geschaffen wurden. Angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage in Deutschland galt ein klarer „Inländervorrang“ auf dem Arbeitsmarkt; ausländische Beschäftigte sollten nur Ersatz- oder Zusatzfunktionen wahrnehmen.¹³

Sowohl schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen als auch eine protektionistische Zuwanderungssteuerung ließen die Ausländerbeschäftigung im Reich im Vergleich zur Vorkriegszeit stark zurückgehen. In den 1920er Jahren schwankte die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von 200.000–300.000 und sank in der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre auf rund 100.000. Anders als im Kaiserreich, wo vor 1914 die industrielle Beschäftigung unter den ausländischen Arbeitskräften dominiert hatte, bildete in der Weimarer Republik der Agrarsektor den wichtigsten Bereich der Ausländerbeschäftigung. 1926–29 schwankte beispielsweise die Zahl der ausländischen

¹³ Hierzu und zum Folgenden im Detail: JOCHEN OLTMER, *Migration und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2005.

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zwischen 135.000 und 146.000, in der Industrie zwischen 84.000 und 91.000. Größter Einzelsektor mit etwas mehr als 20.000 ausländischen Beschäftigten blieb der Bergbau, mit erheblichem Abstand gefolgt von der Textilindustrie, der Metall verarbeitenden Industrie und dem Bausektor. Unter den Ausländern in der deutschen Wirtschaft dominierten in den 1920er Jahren Polen, die drei Fünftel bis zwei Drittel der Arbeiter stellten. Wie bereits in der Vorkriegszeit waren sie weiterhin überwiegend in der Landwirtschaft tätig; in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre kamen fast 90 Prozent der ausländischen Landarbeiterinnen und Landarbeiter aus Polen. In der Industrie hingegen dominierten Bürger der Tschechoslowakei und Niederländer.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und den Staatenbildungsprozessen in seiner Nachfolge hatten in der Zwischenkriegszeit politisch bedingte und politisch motivierte Migrationen erheblich an Bedeutung gewonnen. Die politisch-territorialen Veränderungen durch die Friedensverträge veranlassten in Europa etwa 10 Mio. Menschen zur Abwanderung in einen anderen Staat. Auch Deutschland war davon betroffen. Bis Mitte der 1920er Jahre wanderten mehr als 1 Mio. Menschen aus den abgetretenen Gebieten zu. Dabei handelte es sich um die größte aller Zuwanderungsbewegungen, die die Weimarer Republik zu bewältigen hatte – und das innerhalb weniger, durch schwere wirtschaftliche, soziale und politische Krisen gekennzeichneter Nachkriegsjahre.

Allein aus Elsass-Lothringen kamen an die 150.000 Menschen in das Rest-Reich. Weitaus umfangreicher noch war die Zuwanderung aus den nach dem Versailler Vertrag an Polen abgetretenen Ostgebieten des Reiches. Bis Mitte 1925 zählte das Statistische Reichsamt 850.000 deutsche „Grenzlandvertriebene“ aus den polnischen Westgebieten. Hinzu kamen etwa 120.000 „Deutschstämmige“, die in den Kriegs- und Nachkriegswirren 1917–21/22 aus dem ehemaligen Zarenreich ins Reich gekommen waren, allerdings zu rund der Hälfte den Weg weiter nach Übersee suchten oder zu Tausenden wieder zurück nach Polen oder in die UdSSR zogen.

Diese „deutschstämmigen“ Migranten sind innerhalb der großen Gruppe der wahrscheinlich 1,5 Mio. vor Bürgerkrieg und Revolution

aus dem ehemaligen Zarenreich Geflohenen nur schwer zu identifizieren. Die Weimarer Republik war zunächst eines der Hauptziele der Fluchtbewegung aus den Nachfolgestaaten des Russischen Reichs: 1922 und 1923 hielten sich, den zweifellos deutlich zu hoch liegenden zeitgenössischen Schätzungen zufolge, rund 600.000 Flüchtlinge aus der Sowjetunion im Reichsgebiet auf, von denen 1923 rund 360.000 allein in Berlin Asyl gefunden haben sollen. Im Laufe der 1920er Jahre nahm die Zahl dann rasch ab.¹⁴

In der Weltwirtschaftskrise sank dann auch die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte aus dem Ausland überproportional stark, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Zuwanderungssperre 1932. In diesem Jahr entfielen bei einer Gesamtzahl von nur mehr 109.000 ausländischen Beschäftigten rund 65.000 auf die Industrie und 44.000 auf die Landwirtschaft. Das zunehmende Tempo der Wiederauf-
rüstung Deutschlands nach der NS-Machtübernahme 1933 ließ dann innerhalb weniger Jahre den Arbeitskräftemangel wieder zu einem zentralen Thema der Arbeitsmarktpolitik werden. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in der deutschen Industrie und Landwirtschaft erreichte bei erneutem Anstieg dennoch bis 1938/39 insgesamt nur 436.000. Damit überstieg sie zwar die Ausländerzahlen der 1920er Jahre deutlich, lag aber bei Weitem nicht über dem Niveau des späten Kaiserreichs.

Wirtschafts- und devisenpolitische sowie politisch-ideologische Gründe ließen die Zuwanderungspolitik des NS-Regimes trotz des zunehmenden Arbeitskräftemangels restriktiv bleiben: Zum einen galt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften als außenwirtschaftspolitisches Problem, weil die Devisenlage des Reichs aufgrund der Rüstungsanstrengungen sehr angespannt war. Zum andern verbanden sich aus der Sicht der radikal ethnonationalistischen und rassistischen NS-Weltanschauung mit der Ausländerbeschäftigung, zumal mit ihren herkömmlichen starken Anteilen aus dem östlichen Ausland, die Gefahr einer „Überfremdung“ und die Gefährdung der „Blutreinheit“ der deutschen Bevölkerung.

¹⁴ Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941: Leben im europäischen Bürgerkrieg, hrsg. v. KARL SCHLÖGEL, Berlin 1995.

Die beispiellos hohe Zahl von Zwangswanderungen während des Zweiten Weltkriegs resultierte ganz wesentlich aus der Expansion und dem Untergang des „Dritten Reiches“.¹⁵ Deutschland war nur deshalb in der Lage, den Zweiten Weltkrieg beinahe sechs Jahre lang zu führen, weil es den Krieg von vornherein als Raub- und Beutekrieg geplant hatte und durchführte. Die mit Deutschland verbündeten Staaten sowie die von 1938 an erworbenen bzw. eroberten Länder und Landesteile wurden genötigt, mit ihrer landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, ihren Rohstoffen und ihren Bevölkerungen der deutschen Kriegswirtschaft zu dienen. Im Laufe des Krieges stieg die Bedeutung der geraubten Güter und Menschen für die deutsche Kriegswirtschaft immens an. Im Oktober 1944 wurden fast 8 Mio. ausländische Arbeitskräfte in Deutschland gezählt, darunter fast 6 Mio. Zivilisten und knapp 2 Mio. Kriegsgefangene, die nur den kleineren Teil der insgesamt gefangen genommenen gegnerischen Soldaten ausmachten, weil Wehrmacht und Waffen-SS weit mehr als die Hälfte der sowjetischen Kriegsgefangenen verhungern ließen oder ermordeten. Die ausländischen Arbeitskräfte stammten aus insgesamt 26 Ländern, darunter dominierte zu diesem Zeitpunkt die UdSSR mit einem Anteil von mehr als einem Drittel (2,8 Mio.). 1,7 Mio. Menschen kamen aus Polen und 1,2 Mio. aus Frankreich, jeweils mehrere Hunderttausend zudem aus Italien, den Niederlanden, Belgien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Die Überlebenden der NS-Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager stellten nach Kriegsende das Gros der 10–12 Mio. „Displaced Persons“ (DPs) in Deutschland. Sie entstammten rund 20 Nationalitäten mit über 35 verschiedenen Sprachen und unterstanden der direkten Obhut der alliierten Besatzungsmächte sowie den von ihnen zugelassenen internationalen Hilfsorganisationen. Ursprünglich war es

¹⁵ Pionierstudie: ULRICH HERBERT, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1985; neueste Zusammenführungen des weit ausgebauten Forschungsstandes: MARK SPOERER, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, Stuttgart 2001, sowie die Beiträge in: *Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945*, 2. Halbbd.: *Ausbeutung, Deutungen, Ausgrenzung*, hrsg. v. JÖRG ECHTERNKAMP, München 2005.

das Ziel der Militärregierungen und Hilfsorganisationen, die DP's rasch zu sammeln und in ihre jeweiligen Heimatländer zurückzubringen. Das gelang allein in den ersten vier Monaten nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 bei über 5 Mio. DP's. Die Mehrzahl der DP's schloss sich freiwillig den zahllosen, für sie zusammengestellten alliierten Transporten an. Entsprechend einer Vereinbarung zwischen den Westalliierten und der UdSSR wurden DP's sowjetischer Staatsbürgerschaft auch zwangsweise repatriiert.¹⁶ Die Auswanderungsprogramme der im Juni 1947 gegründeten „International Refugee Organization“ (IRO) gaben einer großen Zahl von DP's eine neue Perspektive. Bis 1951 ermöglichten die Resettlement-Programme der IRO europaweit insgesamt ca. 712.000 DP's die Auswanderung, vor allem in die USA, nach Australien und Kanada sowie nach Frankreich und Großbritannien. Nur ein kleiner Teil der DP's blieb dauerhaft in Deutschland.¹⁷

Als eines der gewichtigsten und von vielen für unlösbar gehaltenen Probleme galt in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den vier Besatzungszonen Restdeutschlands die Aufnahme und Versorgung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten. Von rund 18 Mio. Reichsdeutschen in den Ostprovinzen des Reiches und „Volksdeutschen“ in den außerhalb der Reichsgrenzen gelegenen weiträumigen deutschen Siedlungsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa waren in der Endphase des Krieges rund 14 Mio. in Richtung Westen geflüchtet oder nach Kriegsende vertrieben worden. Die Daten der Volkszählung von 1950 bieten eine Bilanz dieser millionenfachen Fluchtbewegungen und Vertreibungen: Insgesamt waren knapp 12,5 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene aus den nunmehr im polnischen und sowjetischen Besitz übergegangenen ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und aus den Siedlungsgebieten der „Volksdeutschen“ in die Bundesrepublik und in die DDR gelangt; weitere 500.000

¹⁶ Überblick: WOLFGANG JACOBMEYER, *Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951*, Göttingen 1985.

¹⁷ HENRIETTE VON HOLLEUFFER, *Zwischen Fremde und Fremde. Displaced Persons in Australien, den USA und Kanada 1946–1952*, Osnabrück 2001.